

um mehr hatte, den Tages war er hatte ihn jetzt später plötzlich er der konnte Schach spielen, verkehrte nur Weltkonzernen eingekleidet erkannte sie, was er ja unbedingt ein er denn genug einer Bank drei in Mark liegen. Wie reich der daraus hervor, sondern immer Geldbedarf er ge. Auch die ihm, denn der 50 Mark nie gegeben. Ganz sagt, ob er sich selbst war er es denn auch Summe von hat der junge natürlich über- schenkt nicht gebessert ist es ihm nicht ge- gen? Diejenigen keine Steuern dienen wollen, Herrlichkeit ein

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hobendorf, Rödlich, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Seifersdorf, Marienau, den Müllengrund, Stubbenkappel und Tirsheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, nachmittags. — Beinspreis: 4,75 MRL monatlich frei ins Haus, durch die Post abholung 14,25 MRL vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, künftige Poststellen, Briefträger und unsere Zeitungs- träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.



Anzeigenpreis: Die dreigeschaltete Grundseite wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigeschaltete Seite 1,75, für auswärtige 2,00 MRL. Schluss der Anzeigennahme norm. 9 Uhr. Fernschreiber Nr. 7. Drahtanchrift: „Tageblatt“. Postleitzettel Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
Bund u. Verlag von Otto Meiss & Wilhelm Peter in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Peter in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 192

Mittwoch, den 17. August 1921

71. Jahrgang

Bekanntmachung,

Nach dem deutsch-österl. Abkommen vom 1. 9. 1920 können deutsche Reichsangehörige zur Aushebung der über österl. bewegliche Vermögenswerte verhängten Sperrung Ausübung von österl. Aktienbezugsrechten. Auszahlung von österl. Prämien und Tressen und Aussölung österl. neuer Couponbogen elberholtliche Versicherungen abgeben. Die näheren Einzelheiten können bei dem Finanzamt eingesehen werden. Die elberholtlichen Versicherungen sind vom 22. dls. Rs. ab vor dem Finanzamt — Zimmer Nr. 12 — abzugeben.

Hohenstein-Er., 16. August 1921.
Finanzamt.

Kurze wichtige Nachrichten.

Aus Schneidemühl wird gemeldet: Die polnischen Rüstungen sind beendet, die Polen sind jetzt in der Lage, jeden Augenblick gegen Ostpreußen und Oberschlesien loszuschlagen.

Von zuständiger Seite wird die Meldung bestätigt, daß tatsächlich bei der Erfüllung des Entente-Ultimatums zwei Waffen abgeliefert worden sind. Es handelt sich indes nur um geringe Mengen; so seien etwa 500 Gewehre mehr abgeliefert worden, als abgeliefert werden mußten. (!)

Heute findet in Berlin eine Befreiung der Partei-führer mit dem Reichslandrat Dr. Wirth über dringende Fra- gen (Oberschlesien, Steuerprogramm, Einberufung des Reichs- lages) statt.

Der Völkerbundstat wird jedenfalls seine erste Sitzung bereits am 20. August abhalten. Die italienische Regie- rung hat ihren Standpunkt in der Frage der Kontroll- kommission in Deutschland dahin festgelegt, daß das Mandat der Kontrollkommission erhöhten müsse, sobald die Über- ausicht vom Völkerbund übernommen werden könnte.

Italien verlangt einen um fünf Milliarden Goldmark erhöhten Anteil an der deutschen Gesamtverschuldung von 132 Milliarden. Begründet wird der Anspruch damit, daß Italien wegen der schlechten Lage Österreichs auf seinen fünfundzwanzigprozentigen Anteil verzichten müsse. England und Belgien haben bereits zugestimmt.

Der Eisenbahnerstreik in Kassel und den angehö- rigen Betrieben ist beendet und heute früh die Arbeit aufgenommen worden.

Die großen französischen Mandaré, die ursprünglich infolge der großen Höhe nicht stattfinden sollten, finden nunmehr nach einem Befehle des Kriegsministers doch statt, und zwar werden sie in der Pfalz, im Saargebiet und in Elsass-Lothringen abgehalten werden. — Wer gibt den Franzosen das Recht, ihre militärischen Schauspiele auf deutschem Gebiete abzuhalten?

Die neue Sanktionsnote.

Die Bedingungen des Obersten Rates.

Berlin, 16. August. Der französische Ministerpräsident hat dem deutschen Vertreter in Paris folgende Note übermittelt:

Im Namen der im Obersten Rat vertretenen alliierten Regierungen habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß der Oberste Rat am 13. d. Mts. bezüglich der am 7. März 1921 verhängten wirtschaftlichen Sanktionen folgenden Ent- schlus gefaßt hat, dessen Wortlaut folgt:

1. Auf Grund der Annahme des Ultimatums vom 5. Mai 1921 durch Deutschland sowie auf Grund der ersten von Deutschland auf Reparationsrechnung geleisteten Zah- lungen und unter Vorbehalt der vollständigen Begleichung der Summen, die Deutschland am 31. August 1921 zu zahlen hat, beschließt der Oberste Rat einstimmig die Auf- hebung der wirtschaftlichen Sanktionen, die durch ihn am 7. März 1921 verhängt worden sind. Diese Entscheidung wird gegebenfalls am 15. September 1921 in Kraft treten.

2. Jedoch ist diese Entscheidung von folgenden vorher von der deutschen Regierung anzunehmenden Bedingungen abhängig:

a) Es wird eine interalliierte Stelle geschaffen, die in Gemeinschaft mit den zuständigen deutschen Stellen zusammenarbeiten wird bei Prüfung und Ausstellung solcher Ein- und Ausfuhrbewilligungen, die Waren betreffen, deren Empfänger oder Abnehmer Firmen des auf Grund des Verstailler Friedens befreiten Gebietes sind. Der einzige Zweck dieser

Herunter mit der Maske!

Frankreich war am Kriege unschuldig, den nur Deutschland gewollt hat. Selbstverständlich! Es kämpfte ja nur für Freiheit und Gerechtigkeit!

Frankreich opferte sich für die Ideale der Menschheit. Wer denkt niedrig genug, um das nicht zu glauben? Nur deshalb nahm es ja das Saargebiet, nur deshalb über- schwemmt es das Rheinland mit farbigen Soldaten, denen die Frauen der Boche preisgegeben werden.

Frankreich ist der Todfeind des Militarismus. Wer sollte daran zweifeln? Nur deshalb hatte es ja doch vor dem Kriege 980 000 Soldaten gegen 760 000 deutsche, nur deshalb unterhält es jetzt ein Heer von 880 000 Mann gegen 100 000 deutsche.

Frankreich ist nach Briands Worten vom 11. Juli trocken eines Sieges von höchster Mäßigung gegenüber dem Be- liegten. Kann es einen durchschlagenderen Beweis dafür geben als die Tatjade, daß man den polnischen Aufstand in Oberschlesien mit allen Mitteln unterdrückt und in dieser gemäßigten Form der Welt beweist, daß Oberschlesien zu Polen kommen müsse? Das war doch viel humaner als ein Krieg gegen Deutschland, zu dem man die polnische Armee bereits an den deutschen Grenzen bereitgestellt hatte!

Frankreich — ja dieses Frankreich, das den Krieg nur gewann, weil andere ihn auf französischem Boden gewannen, bläht sich vor Dummel und wirkt sich zum Richter auf über die ganze Welt. Herunter mit der Maske. Dahinter grinst Lüge und Vertragsbruch.

Ist es etwa kein Vertragsbruch gegenüber dem Friedens- vertrag, wenn, wie ausländische Zeitungen berichten, die französische Regierung mit dem zurückgetretenen polnischen Außenminister Sapieha einen Geheimvertrag schloß, nach dem Polen das Industriegebiet erhalten soll, während Frankreich die Ausbeutung der Gebiete von Pleß und Röbnit übernehmend und einen Unterhaltsbeitrag von einem Goldfran- ten pro Mann und Tag zu den Kosten für die Verstärkung des polnischen Heeres zahlen wird? Ist das nicht einer der schrecklichsten Vertragsbrüche, welche die Weltgeschichte kennt?

Schon am 24. Juli brachte die italienische Zeitung „Il Paese“, das Organ des früheren Ministers Nitti, solche Nachrichten, ähnlich ließ sich das „Agramer Tageblatt“ am 25. Juli aus London schreiben. Und ein Bericht der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Berlin vom 1. August be- merkte: Von polnischer Seite wurde die Richtigkeit dieser Gerüchte, die sich bekanntlich auch nach Rom und London bis ins Parlament verpflanzt, bisher nur mit halber Stimme in Abrede gestellt.“

Stelle ist, Sicherungen dagegen zu schaffen und darüber zu wachen, daß nicht etwa das deutsche Ein- und Ausfuhrsystem hinsichtlich der befreiten Gebiete eine Benachteiligung der interalliierten Waren unter Verstoß gegen Artikel 264, 267 des Friedensvertrages zur Folge hat.

b) Die deutsche Regierung erkennt die Gültigkeit der Handlungen an, die während der Dauer der Sanktionen auf Grund der Verordnungen vorgenommen wurden, die die Interalliierte Rheinlandskommission in Ausführung der auf der Londoner Konferenz im März 1920 getroffenen Ent- scheidungen erlassen hat. Es wird von allen gerichtlichen und verwaltungsmäßigen Maßnahmen wegen solcher Handlungen Abstand genommen, die nach Maßgabe der erwähnten Verordnung vorgenommen worden sind.

c) Die Interalliierte Rheinlandskommission ist ermächtigt, unter Mitwirkung eines Beauftragten der italienischen Regierung Ausführungs- und Übergangsbestimmungen zu erlassen und durchzuführen, die sich auf die vorgenannten Entscheidungen sowie auf die Verwendung der vereinbarten Gelder und Prüfung der geleisteten oder noch zu leistenden Ausgaben beziehen.

d) Der Oberste Rat überträgt die Ausarbeitung der näheren Bestimmungen über die im Paragraph 2 erwähnte Stelle einem Sachverständigenausschuß, der von den Regie- rungen der Bevölkerungsmächte und der italienischen Regie- rung ernannt wird und seine Vorschläge vor dem 1. Sep- tember den Regierungen zu unterbreiten hat. Die Sachver-

teilt ist das Geheimnis dieses „Geheimvertrages“ in Paris gegenüber Lloyd George und dann am 12. August von der englischen Presse enthüllt worden. Wir können noch mehr verraten. Starke Teile der polnischen Armee sind zur Durchführung des französisch-polnischen Geheimvertrages an der oberschlesischen und deutschen Grenze bereitgestellt. In Warschau werden Operationspläne gegen Deutschland vom französischen General Riessel ausgearbeitet. Über Danzig ergiebt sich ein Strom französischen Kriegsmaterials nach Polen.

Herunter mit der Maske, damit die Welt erkenne, daß hinter allen französischen Phrasen von Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Freiheit sich nichts verbirgt als Lüge, Militaris- mus und Vergewaltigung!

Der französisch-polnische Geheimvertrag ist es, den Lloyd George meinte, wenn er von einer unüberwindlichen Mauer sprach, die sich einer Lösung der oberschlesischen Frage durch den Obersten Rat entgegenstelle. Unüberwindlich deshalb, weil Polen an sich einem Rechtspruch des Obersten Rates nicht unterliegt und umso weniger gewillt ist, sich ihm zu unterwerfen, wo es die Zustützung des Geheimvertrages mit einem der Mitglieder des Obersten Rates in der Tasche hat. Diese Mauer, die sich einer Lösung der oberschlesischen Frage nach Recht und Volksabstimmung entgegenstellt, die damit dem Wirtschaftsleben Deutschlands und der Welt weiter schwerwiegende Fesseln auferlegt und die Qualen der deut- schen Bevölkerung in Oberschlesien unter polnischem Terror verlängert, ist von Frankreich errichtet worden. Vom Obersten Rat als erste Macht in Oberschlesien eingesetzt, hat Frankreich mehr wie einmal seine Aufgabe als Treuhänder laut verkündet. Als solcher hat es das ihm übertrauten Pfand hinter dem Rücken der anderen zum eigenen Nutzen verpflanzt. Frankreich, das sich so oft und gern als der Gott des Rechtes ausspielt, hat damit einen unerhörten Ver- trausbruch begangen. Erst offizielle Zeitungsmeldungen und der Zwang der Verhandlungen in Paris haben das fran- zösische Spiel enthüllt.

Nun soll der Völkerbund entscheiden, weil seinem Spruch auch Polen unterliegt. Eins ist für die Verhandlungen vor dem Völkerbunde klar geworden: Polens Anspruch auf Oberschlesien vor dem Obersten Rat läuft sich nicht auf Recht oder Volksabstimmung, sondern nur auf ein Versprechen, das Frankreich unter Vertragsbruch eigenmächtig und selbstsüchtig gab. Frankreich ist entlarvt. Daran ändert es auch nichts, daß Briand sich schon vertraulich entschuldigt, er sei am Zustandekommen des Geheimvertrages unbeteiligt, dieser sei von den beiden Staatsoberhäuptern Millerand und Pilsudski unmittelbar geschlossen worden.

Händigen werden möglichst bald in Koblenz zusammentreten und sich dort mit den deutschen Delegierten treffen.

Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, dieses Schriftstück Ihrer Regierung zu übermitteln und ihr mitzuteilen, daß ich mich freuen würde, von Ihnen zu erfahren, daß Sie die in der Entscheidung der alliierten Mächte aufgezeichneten Bedingungen annimmt.

ges. Briand.

Lloyd George für ein deutsches Ober- schlesien.

London, 16. August. Lloyd George kam im Unter- haus auf die letzte Tagung des Obersten Rates zu sprechen und erklärte, es habe dort Fragen gegeben, welche das Zusammensetzen der Allianz bedroht hätten. Große Erwag- tung habe es daher hervorgerufen, daß gegen Ende der Zusammenkunft eine Entschließung gefaßt worden sei, wonach die Allianz nicht nur fortduere, sondern gesetzterd dastheide denn je. Dann ging der Premierminister auf die oberschlesische Frage ein und betonte, diese sei ihm niemals sehr schwierig erschienen, aber sie sei durch die Beimengung anderer Elemente verwildert gemacht worden, die es zu einem recht bedrohlichen Problem gestaltet hätten. Es gebe weite Kreise in der öffentlichen Meinung Frankreichs, die glauben, daß die Wegnahme der Koblenz- und Eisenlager von Deutschland für die Sicherheit Frankreichs wesentlich sei. Er halte dies für einen Irrtum. Lloyd George hob her-

war, daß Schlesien keine polnische Provinz sei. Vier Fünftel der Bevölkerung seien deutsch mit recht beträchtlicher polnischer Bevölkerung nach der Grenze hin. Die Auseinandersetzung zwischen den Alliierten habe sich um das bedeutende Industriegebiet, in welchem die Städte deutsch und die Dörfer polnisch seien. Beträte man aber das Gebiet als Ganzes, so handle es sich in Wirklichkeit um eine deutsche Mehrheit. Die industrielle Entwicklung, das Kapital und die Bevölkerung seien deutsch, so daß nach dem Prinzip „ein Mann, eine Stimme“ das Gebiet den Deutschen zufallen müsse.

Abermalige Verhandlung durch Frankreich.

Gens, 16. August. Der „Temps“ meldet: General Verdon wird noch kurz vor dem Ende des Völkerbundesrat gegen eine Entscheidung stimmen, die nicht den französischen Forderungen entspricht. Da die Beschlüsse des Völkerbundesrats nur einstimmig zu stande kommen können, ist damit zu rechnen, daß die oberösterreichische Matrikel dem Plenum des Völkerbundesrats überwiesen werden muß, der erst in der zweiten Hälfte des September zusammentritt.

Wann wird die Entscheidung fallen?

Berlin, 16. August. In deutschen Regierungskreisen glaubt man anzunehmen zu können, daß der Völkerbundesrat bereits im August zu einem Besluß kommen wird und diese Sache nicht verschleppt wird. Der Oberste Rat wird diesen Besluß bedingungslos anerkennen und ihm zustimmen. Diese Zustimmung kann bereits Mitte September erfolgen, da England die oberösterreichische Frage in kürzester Zeit entschieden wissen will. Für Monate hinaus lädt sich eine ruhige abwartende Haltung in Oberösterreich nicht garantieren, auch wenn Polen offiziell beruhigend wirken wollte.

Die Frage der Truppenverstärkungen dürfte bald gelöst werden, wahrscheinlich ist, daß Frankreich, England und Italien zusammen 10.000 Mann neuer Truppen entsenden, um bei der endgültigen Entscheidung es zu keinen neuen Kämpfen in Oberösterreich kommen zu lassen. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkte, daß Deutschland die Kosten für die neuen Verstärkungen nicht zur Last gelegt werden können, die eine Folge der Zauderpolitik der Entente sind.

Über die Berufung deutscher Delegierter nach Gens zur Völkerbundesrat ist der deutschen Regierung nichts bekannt; man erwartet aber eine solche Einladung, nachdem auch Polen in Gens vertreten sein wird.

Zu den Waffen!

Oppeln, 16. August. Die in die polnische Auslandsorganisation eingegliederte Hilfsaktion des polnischen Selbstschutzes der Hütten, Gruben und Eisenbahnen, zu der auch der Verband der ehemaligen Halle-soldaten gehört, hat einen „Zu den Waffen!“ betitelt Aufruf an die polnische Bevölkerung erlassen mit der Aufforderung, sich den Pariser Beschlüssen nicht zu fügen, sich erneut um die Fahne des Aufstiegs und der Befreiung zu scharen und mit der Waffe in der Hand dem englisch-italienisch-deutschen Verbündeten ein Ende zu machen.

Korinth ist nach ganz kurzem Aufenthalt in Warshaw, wo er mit dem Ministerpräsidenten über seine Pariser Mission konferierte, im polnischen Aufstandskommando in Sosnowice eingetroffen und hat die Führung wieder übernommen.

Die Erfassung der Goldwerte.

Berlin, 16. August. Im Hannoverschen Kurier behandelt der Landtagsabgeordnete Dr. Jintner die vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitete Denkschrift über die Erfassung der Goldwerte, wobei er betont, daß es den Anschein habe, als ob der Kanzler aus der Denkschrift eine Anregung zu verwerfen gedachte, nämlich die Belastung der deutschen Industrie mit einer Beteiligung von 20 v. H. an ihrem Ertrag und Substanzwert von 108 Milliarden. In Denkschrift wird behauptet, daß sich im Frühjahr 1921 gegenüber 1913 die landwirtschaftlichen Reinerträge auf das Dreifache erhöht hätten. Die jetzige Gestaltung der Betriebswirtschaft bringt eine weitere Mehreinnahme von 4 bis 5 Milliarden Papiermark, sobald mit einem Reinertrag von 14 bis 15 Milliarden, das heißt mit dem Fünfenthalb- bis Sechsfachen des Friedensertrages zu rechnen sei. Von städtischen Hausbesitz wird gefragt, daß die Steuerung der Mieten eine Wertsteigerung in sich schließe. Bei den gewerblichen und laufmännischen Unternehmungen wird eine Wertsteigerung auf das Sechsfache angenommen.

Geschwister.

Roman von Martin Bauer.

Anklage verboten.

Jütturat Seiffert hatte seinen Entschluß gefaßt:

„Wirben wird verkauft, und doch das auf vorteilhaftes Weise gelebt, sollte keine Sorge sein, er verstand dergleichen gefügt in die Wege zu leiten. Die Familie liebte in eine Großstadt a. B. Breslau, über, richtete sich auf bestehendem Fuße dort ein und fing ein neues Leben dort an. Für die erste Zeit war durch das gerettete bishere Kapital gesorgt, späterhin mußte der Herr Sohn, der sich endlich fest auf die Höfe setzte, ans Geldverdienen denken, und die jungen Damen konnten es auch lernen, daß die vierundzwanzig Stunden des Tages nicht lediglich dazu da waren, um mit Anstand und Grazie tölpelhaft zu verbringen.“

Wer jung ist und keine gefundenen Glieder hat, findet heutzutage schon immer noch eine Arbeit, die seinen Fähigkeiten entspricht und Ruhm abwirkt. Er war seinerseits gern bereit, so weit das in seinen Kräften stand, mit Rat und Tat beizustehen.

Leicht ist es freilich nie, einen solchen Wechsel der Verhältnisse durchzumachen, er hatte ehrliches Mitgefühl mit den Damen, die sich bis vor kurzem so sicher auf den Höhen des Lebens gewöhnt hatten, jedoch nun plötzlich in unbekannte Regionen hinaufsteigen sollten, aber sie waren nicht die ersten, die derartiges durchgemacht haben, und werden lange nicht die letzten sein.“

Er hatte sich das alles sehr nett zurechtgelegt, und es war eine ganz wohlgedachte kleine Reise, die er der Familie des leidigen Barons Arbeitszimmer hielt. Es war das selbe Zimmer, in dem ihnen die erste Wohnung von der traurigen Veränderung bekommen war. Damals war der Schrein groß gewesen, aber man hatte ihm überwunden, hatte sich um Trost und Rat an denselben Mann gewandt, der nun vor ihnen lag und dessen tiefdrückliche Augen sie durch starke Brillengläser anfunkelten. Dabei trug er in seiner Sanftheit, aber gerade bei sehr deutlich pointierten Sprechweise ganz unerhörte, geradezu unmögliche Dinge vor.

Zur Wiedergutmachungsfrage schlägt die Denkschrift vor, von dem sechsfachen Friedensertrag mit den fünfsten Teil heranzuziehen. Die Heranziehung soll durch Belastung des landwirtschaftlichen Grund- und Gebäudebesitzes in Form einer Grundschuld erfolgen. Die Verzinsung dieser Grundschuld wird mit 4 v. H. angezeigt. Von den letzten 100 v. H. einer angenommenen Wertsteigerung um 300 v. H. soll das Reich 75 v. H. im Anspruch nehmen und diese 75 v. H. der Miete aufzuladen als 4½ v. H. Zinsen einer eingetragenen Grundschuld. Bei den gewerblichen und laufmännischen Unternehmungen will man 20 v. H. Beteiligung für das Reich in Anspruch nehmen mit einer Vorzugssdividende von 6 v. H. Um die Einnahmen zu kontrollieren, soll die Pflicht zur Körperschaftsform eingeführt werden. Es wird eine Grundschuld der Landwirtschaft von 110 Milliarden, eine städtische Grundschuld von 67 Milliarden und der Wert der Anteile bei gewerblichen und laufmännischen Unternehmungen auf 108 Milliarden angenommen, der Gesamtwert der Substanzwerte zunächst auf 285 Milliarden. Es wird damit gerechnet, daß die landwirtschaftliche Grundschuld nach Aufhebung der Zwangswirtschaft um 30 Milliarden, die städtische Grundschuld nach weiterer Steigerung der Mieten um 67 Milliarden steigt und ein Gesamtbilanzwert von 382 Milliarden erreicht wird.

Ein Erträgnissen rechnet man aus der Landwirtschaft 4,4 Milliarden, aus dem städtischen Grundbesitz 3 Milliarden, aus den gewerblichen und laufmännischen Unternehmungen 4,4 Milliarden, im ganzen 12,8 Milliarden, und als Zuschuß nach Aufhebung der Reite der Zwangswirtschaft aus der Landwirtschaft 1,2 Milliarden und aus dem städtischen Grundbesitz 3 Milliarden, insgesamt also 17 Milliarden. Schließlich wird geplant, die eingetragenen Grundschulden zu verlaufen und dabei auch dem mit Grundschuld belasteten Rückaufsrecht einzutragen.

Unruhen unter den afrikanischen Eingeborenen.

Von einem alten Afrikaner wird der Deutschen Orient-Korrespondenz geschrieben: Es gärt unter den Karibigen des dunklen Weltteiles, es knistert im Gebüsch der Kolonien der verschiedenen europäischen Völker.

Seitdem — es war am 4. November 1883 — der gegen den Mahdi Mohammed Ahmed mit 10.000 Mann ausgeschickte englische General Kitchener in Khartoum gänzlich aufgerichtet wurde, seitdem im Januar 1885 Khartoum mit Gordon Hill, sind größere Abteilungen europäischer Truppen nicht wieder so von Karibigen bedrängt und vernichtet worden, wie in den letzten Wochen die Spanier in Marokko. Derzeitig: Erfolge werden mit Windeseile über Urwälder und Steppen und Wüsten hin durch ganz Afrika bekannt. Im belgischen Kongogebiet sind in letzter Zeit ernsthafte Unruhen ausgebrochen, an denen nach der Darstellung belgischer und französischer Blätter — natürlich! — die Deutschen schuld sind, obwohl sie doch alleamt aus ihrem Jahrzehnt hindurch innehabten Belitz vertrieben worden sind.

Wenn es im belgischen Kongogebiet unruhig ist, kann man mit Sicherheit auch auf Unruhen in den benachbarten französischen Kolonien schließen. Die Franzosen werden nicht einmal mit den friedlichen Togonegern fertig, mit denen in dreihundertjähriger Verwaltung die deutsche Regierung niemals auch nur den geringsten Strahl ausgeschossen hatte. Wie aus einer Debatte im englischen Unterhause hervorgeht, sind vor einigen Monaten etwa 500 Eingeborene aus Togo strafweise nach Frankreich geschafft worden. Über die Gründe schwieigt sich die französische Presse aus.

Tiefreichende Gärung unter den Rassen kennzeichnet auch das Leben in Südafrika. Der bisherige britische Oberkommissar für Südafrika, Lord Burton, hat sich darüber fürsätzlich vor der „African Society“ in London verbreitet und wörtlich das folgende ausgeführt: „Von wirtschaftlichen Gründen abgesehen, die Eingeborenen wachsen auf und beginnen immer mehr und in den weiteren Kreisen einzuscheiden, daß sie zwar einen wesentlichen Anteil am Wirtschaftsleben der Kolonien haben, aber daß ihre Lebensbedingungen und Fortschrittmöglichkeiten unbedeutend und unzureichend sind. Sie haben Hüttensteuern zu zahlen, haben jedoch keine Kontrolle über ihre Verwendung; sie haben nur zu gehorchen, sie werden schikaniert und gedemütigt durch allerlei Punkt- und Beschränkungsbedingungen.“ In ähnlicher Weise hat auch Smuts seine warnende Stimme erhoben.

„Wirben verkaufen — das alte Familiengut, auf dem die Bevölkerung nachweislich seit Generationen leben.“ Baronin Eugenie sang nach Kasius, ihr war, als würde sie eine eisalte Hand im Raden. Sie hob den Kopf und ihre Lippen zuckten abwechselnd.

„Wirben verkaufen — niemals Herr Jütturat! Ich weich mich in dieser Beziehung völlig eins mit meinen Kindern. Wirben und die Bevölkerung sind untrennbar mit einander verbunden.“

Das sang ganz pompos und sang bei Hortense und Alexandria den tollsten Wiberball, während Adalbert dem alten Herrn einen ungewöhnlichen Blick zuwarf und den Schenurbart durch die Zähne zog. Es war, als zu jung und zu kindlich, von dieser Sitzung ausgeschlossen.

„Ich wünschte, es wäre so, Frau Baronin“ — die höllisch gelassene Stimme hob sich nicht ein bißchen — „aber leider ist es eben ganz anders. Wirben ist nicht Majorat; es ist freier, jederzeit veräußerlicher Besitz, und ich habe keine Möglichkeit, diesen Besitz der Familie zu erhalten. Das Gut ist bis aufs äußerste mit Hypotheken belastet, und daß außerdem die Geldeinfluss nicht sehr günstig liegen, das — hm, na ja, das beweist wohl zur Genüge die's ganze trostlose Korrespondenz. Ich muß gestehen, daß die Höhe der eingesangenen Verpflichtungen mich peinlich überrascht hat, glaubte ich doch die Verbindlichkeiten des Herrn Barons zu übersehen.“

Es gab ein langes Hin und Her, Rede und Gegenrede; es war nicht leicht, die Damen von ihrer vorgesetzten Meinung abzubringen. Sie waren weitwinklig und selenfest davon überzeugt, daß sie auf einen bevorzugten Platz im Geiste des Lebens Anspruch hatten. Wer durfte kommen und was erlaubt, ihnen das Besitzrecht auf den von den Vätern ererbten Grund und Boden aus den Händen zu winnen?

„Die Gläubiger!“ sagte der alte Herr darauf, und in die kurze Antwort lag eine ungeheure Beweiskraft.

Die Damen blieben stumm, ihre Miene verlor das hochmütige Gepräge, und mit niedergeschlagenen Augen hörten sie zu, wie er ihnen mit bewundernswerter Geduld wieder und wieder auseinanderholte, daß nur ein freihändiger Verkauf des

Besonders gut ist die Gärung in Deutsch-Ostafrika geworden durch Teilnahme der indischen Rasse. Sie haben zurzeit eine beschwerdefähige Wohlbauung nach Holland entdeckt, die vom Kolonialminister empfangen wird. Wohlhabende haben in der Kolonie selber die Regierung erklärt, sie ständen auf Seiten der Indianer, und die Weißen, heißt es, haben gegen die Unabhängigkeitsbewegung der Indianer einen Geheimbund nach Art des Ku-Klux-Klan gegründet, der nach dem amerikanischen Bürgerkrieg die Regierung der amerikanischen Staaten niederrüttelt.

Selbst in dem ehemaligen Deutsch-Ostafrika sind die Karibigen unruhig. Die Afrika-Jungen streiken, überall herrscht Arbeitslosigkeit, Feuerbrände, deren Urheber nicht zu fassen sind, Raub und Einbrüche sind an der Tagesordnung.

Auch im Sudan und in den Tschadsee-Gebieten sind die Eingeborenen in Unruhe geraten. Wenn sich hier wieder ein Führer findet, wie Nabet oder Mahdi, so würde es heute den betroffenen europäischen Mächten nicht leicht sein, den Unruhen Herr zu werden. Die von England und Frankreich an dem Krieg gegen Deutschland beteiligten Regierungen werden gerne die Führer stellen, wenn es gegen die verhaschten weißen Unterdrücker geht.

Deutsches Reich.

Der Umfang der Kommunistenbegnadigungen in Sachsen (S. 3). Dresden. Die von der Reichsregierung als Preis für die Unterstützung durch die Unabhängigen zugestandene Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte und die teilweise Amnestierung der von den Sondergerichten Verurteilten ist auch für Sachsen in erheblichem Ausmaße wirksam geworden. Wie der „Sächsische Zeitungsdienst“ von sehr gutunterrichteter Seite erfährt, sind fast sämtliche vom sächsischen Sondergericht Verurteilten begnadigt und nur noch eine ganz geringe Zahl Abüßung ihrer Strafe bis zur Nachprüfung des Urteils zurückzuhalten worden. Die Kommunisten haben also wieder einmal alle Ursache, mit unserer Regierung recht zufrieden zu sein.

Oberschlesien und der Reichstag.

Berlin. Ueber den Zusammentritt des Reichstages ist vorläufig zwischen Reichsregierung und dem Reichstagspräsidenten vereinbart worden, am 6. September, dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin, festzuhalten und wegen der oberösterreichischen Frage keine Zwischen-tagung abzuhalten. Die Entscheidung des Völkerbundes soll zwar beschleunigt werden, doch nimmt man an, daß mit einer definitiven Entscheidung erst im September gerechnet werden kann, da sie durch den Obersten Rat gefällt werden muß, der zu dem Gutachten des Völkerbundes Stellung zu nehmen hat, da die Entscheidung nach dem Friedensvertrag vom Obersten Rat zu fällen ist. Dennoch ist nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag zugunsten Oberschlesiens Anfang September eine Rundgebung veranstaltet, über die Form sollen noch Verhandlungen mit den Parteien stattfinden. Am zweitensprachigen wäre eine Erklärung des Reichstagspräsidenten im Namen der Parteien, der sich unter Umständen auch die Kommunisten anschließen würden. Für den Fall, daß die Steueroorlagen am 6. September noch nicht dem Reichstage vorliegen, sollen die Teuerungszulagen für Beamte und Staatsangehörige besprochen werden und einige andere Materien auf die Tagesordnung gelegt werden. Ganz ausgeschlossen ist auch nicht, daß sich der Zusammentritt des Reichstages um eine Woche verzögert, wenn die Regierung ihre Verhandlungen über Beamtenzulagen nicht rechtzeitig abschließen kann.

Deutschlands Verarmung.

Unter der Überschrift „Die Wahrheit über Deutschland“ veröffentlicht der von einer Reihe durch die Industriegebiete Deutschlands zurückgelehrte Finanzberichterstatter des „New Statesman“, E. Davies, in den „Daily News“ einen Artikel, in welchem er erklärt, daß die im Ausland über den angeblichen Wohlstand Deutschlands verbreiteten Gerüchte nicht der tatsächlichen Lage entsprechen. Deutschland lebe von Krediten, und die deutsche Bevölkerung befindet sich in einem Zustande allgemeiner Verarmung.

Die Wirkung des Marktes im Auslande.

Allgemeine Beunruhigung herrscht in der holländischen Presse über den dauernden Fall der Mark. Der Nieuwe Rotterdamsche Courant sagt, der Markt habe an den deutschen Börsen eine gewaltige Haussie hervorgerufen. Aber an den anderen Börsen betrachte man mit Unruh: das dauernde Sinken. Deutschland könne nun mit allen Ländern

vor allem auf ind. Arbeitsleben müssen möglich ist, ein Markt zu finden, allem Holland leidet dessen herrsche eine Menge auf dem Markt übergreift. die Ansicht, der S. des Notenmalaus je man hoffen, jenen Firmen in

Die Vorstellung die auf die Forderung für la. haben das Reichsverband bis zum bayrischen Grenzen Reichsregierung für Brotdreie

Ein Mitarbeiter Unterredung mit ließ erkennen, daß Europa befindet sich auf den Abgrund für werde, den Abstand dabei nicht einma: sich zu entwinden, darunter

Wie die dortigen Strafgerichte eine ministerielle gossen, 1. B. geboren gegen die befreit. sofort die Rückkehr befreitigen werden. Übergabeort

Der Reichsmit dem Reichstag an die Reichsregierung. „In meinen 2559 vom 26. Mahnmalen gegen Verbrechen der öffentlichen Meinung. Eine Antisemitische Anklage ist neuungswerte in die Erregung rückt, zu ist, was die dauernden Äußerungen der hierüber.“

In Königsberg die diesjährige Jahntausende. Die Linkspartei gegen den Krieg gleicher Zeit hat gewisse die Antiketten, abmarschierten tausende mit unter Führung zu scharen. Kriegsschlachten flatterte und Beteileter und feldgrauem dorff legte u. pfe um die Distanz oder später einen dann denkt das bracht hat: Zugriff und Tod des engen schließt die Befreiung der geliebten Preußen sein.“ Mit

Petersburg hat Maxim G. verlassen könne, warten sei. Der Brief an Lenin hat dem Frieden und die Familien der jugendlichen Schießt ein. Ein Soldaten und weiß den höchsten Grab der Verehrung entgegenbringt.“

Er hatte recht, diese Vorauflistung war eine Unmöglichkeit. Alles Straubens half nichts, sie mußten der graulamen Wahrheit eingehen, aber nun zeigte sich die Überlebenskraft der Familie: Nichts dünkte ihnen hemderzährender als eine Einwidigung des Gerichts, etwa eine öffentliche Substaation. Dieses Schreibblatt vor Augen, hörten sie dem Jütturat: Geduldig zu, wie er höllische Ahnenreihen vor ihnen aufmarschierte, gleich einer Kolonne Soldaten. Und welche zwangende Kraft dienen Ihnen innerwobte! Panoram erstand die letzte Hoffnung im verborgenen Herzenswinkel, und sie hörten ohne Widerrede zu, wie der alte Herr ihnen unverlangte Ratschläge erzählte, in welcher Weise sie im Zukunft ihr Leben einrichten sollten.

Mit der Überzeugung nach der Großstadt hatte er recht, und daß als nächstgelegene Breslau in Frage kam, war plausibel natürlich. Breslau war groß genug, um darin unterzutauchen, vorausgesetzt das man das wünschte. Verlaufen sie Wirben günstig, blieben ihnen ein kleines Kapital, das lagte ja sogar dieser schrecklichen alten Mann, dessen Lebensberuf es zu sein schien, durch die allerkostbarste Brille zu leben.

(Fortsetzung folgt.)

vor allem auf industriellen Gebiete konkurrierten. Das ganze Arbeitsleben müsse das bald führen. Man frage sich, ob es möglich sei, ein Mittel zur Bekämpfung des Hassens der Mark zu finden und eine Besserung herbeizuführen. Vor allem Holland leide unter der deutschen Einfahrt. Infolgedessen herrsche eine außerordentlich lustige und schlechte Stimmung auf dem ganzen Warenmarkt, die auch auf den Aktienmarkt übergehe. Die amerikanischen Finanzkreise vertreten die Ansicht, der Sturz der Mark hänge mit der Vermehrung des Notenlaufes Deutschlands zusammen. Jedenfalls müsse man hoffen, daß die Reedereihandlungen mit amerikanischen Firmen in Berlin zu einer Besserung führen.

Bayern und die Zwangswirtschaft.

Die Vorstellungen der bayrischen Regierung in Berlin, die auf die Forderung nach Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für landwirtschaftliche Erzeugnisse hinauslaufen, haben das Reichsministerium für Ernährung veranlaßt, Bayern bis zum 1. Oktober das Recht auf Schließung der bayrischen Grenze für Milch zuzugehen. Dagegen hat die Reichsregierung den Antrag Bayerns auf Schließung auch für Brotgetreide endgültig abgelehnt.

Auf abhängiger Bahn.

Ein Mitarbeiter des Berl. Volksanzeigers hatte eine Unterredung mit Bauerlein. Der amerikanische Finanzmann ließ erkennen, daß er hinsichtlich der wirtschaftlichen Zukunft Europas sehr pessimistisch denkt. Er erklärte, Europa befindet sich auf einer abhängigen Bahn, die geradezu in den Abgrund führt und es sei zweifelhaft, ob es gelingen werde, den Absturz zu verhindern. Deutschland stehe sich dabei nicht einmal am schlechtesten. Die ganze Zukunft werde sich so entwenden, daß die europäischen Länder die größte Widerstandskraft erhalten werden, die die größten Weltproduzenten sind, darunter aber sei auch Deutschland.

Gefangen deutscher Kriegsgefangener.

Wie die Agentur Radio aus Avignon meldet, ist der dortigen Strafgefängnisverwaltung am Montag vormittag eine ministerielle Verfügung zugegangen, 34 Deutsche, 3 Jugoslawen, 1 Bulgar und zwei Türken, die wegen Vergehens gegen das gemeinsame Recht bestraft worden waren, freizulassen. Der Kommandant des Militärgefängnisses hat sofort die Rücksicht der bei Marinearbeiten und in Wäldern beschäftigten Gefangenen angeordnet. Die deutschen Gefangenen werden sofort nach Mannheim geschickt werden. Der Übergabeort der anderen Freigelassenen ist noch unbestimmt.

Heraus mit der Sprache!

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Quaatz hat, gemeinsam mit dem Reichstagsabgeordneten Adams, folgende Anfrage an die Reichsregierung gerichtet:

"In meiner Anfrage Nr. 977 (Reichstagsdrucksache Nr. 2559) vom 26. Juli 1921 habe ich um Auskunft über die Maßnahmen gebeten, die die Reichsregierung gegenüber den Verluren der französischen Truppen zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung in Düsseldorf und Umgebung ergreift. Eine Antwort ist hierauf bisher nicht erfolgt. Inzwischen sind neue Ausweichungen von Redakteuren und Zeitungsverboten in den französisch besetzten Gebieten erfolgt. Die Erregung über diese Vorfälle in der rheinischen Bevölkerung wächst, zumal bisher nichts darüber bekannt geworden ist, was die deutsche Regierung zum Schutze der Meinungsäußerungen der Bevölkerung in den besetzten Gebieten zu tun gedenkt. Ich bitte deshalb wiederholt um Mitteilung hierüber."

Zur Tannenberg-Feier in Königsberg.

In Königsberg fand, wie schon kurz berichtet, am Sonntag die diesjährige Tannenbergfeier unter Teilnahme von Zehntausenden statt. — Dazu wird uns weiter berichtet:

Die Einzelparteien antworteten mit einer Massentundgebung gegen den Krieg, die ursprünglich auf demselben Platz zu gleicher Zeit stattfinden sollte. Schließlich wurden verständigterweise die Anfangszeiten der Demonstration verschoben. Als die Zehntausende, die den roten Fahnen gefolgt waren, abmarschierten, zogen von der anderen Seite neue Zehntausende mit schwarz-weiß-roten Fahnen auf den Platz, um unter Führung des Freiherrn von Gans sich um Ludendorff zu scharen. Kriegervereinstaffeln, Studentenbänner u. Schulfahnen flatterten in dem Zuge, dem Reichswehrabordnungen und Vertretern einer Torpedoflotte neben vielen Kriegs- undfeldgrauen Uniformen die Farbe gaben. General Ludendorff sagte u. a.: „Ich zweifle nicht daran, daß im Kampf um die Zukunft das Schicksal unseres Vaterlandes früher oder später entschieden wird. Wenn diese Stunde kommt, dann denkt daran, was uns bei Tannenberg den Sieg gebracht hat: Führerwillke, Vertrauen zur Führung, Mannesguth und Todesmut. Je größer die Rolle des Vaterlandes, desto enger schließen wir uns um das schwarz-weiße preußische Banner zusammen. Stolz befennen wir uns zu unserem geliebten Preußen. Wie sind Preußen und wollen Preußen sein!“ Mit einem Hurra auf Preußen schloß Ludendorff.

Ausland.

Sowjetrußland.

Petersburg. Nach einem Telegramm aus Helsingfors hat Maxim Gorki mitgeteilt, daß er Russland zurzeit nicht verlassen könne, da dort jeden Augenblick ein Umturz zu erwarten sei. Der russische Dichter Mercschowsky hat einen Brief an Gerhart Hauptmann gerichtet, worin er sagt: Lenin hat dem russischen Volke die Schlinge um den Hals gelegt und die anderen Völker haben sie zugezogen. Ehemal nicht die Rätegewalt gestürzt hat, kann man den Millioenen der zugrunde gehenden Menschen nicht helfen. Es geschieht ein Verbrechen, wie es seit Anfang der Welt nicht da war. Ein Häuslein von Verbrechern ermordet ein ganzes Volk und alle anderen Völker wischen sich die Hände oder helfen den Mörfern. Man kann vor Grauen den Verstand verlieren. Der Hunger ist der Dolch in den Händen der Boschewisten. Sie geben ihren Leuten zu essen und halten alle anderen an der Grenze des Hungertodes, wie man einen Dejen mit Hilfe eines Raenringes führt, den man ihm durch die Rote gezogen hat. Das ist das ganze Geheimnis

— Der ungarnische Ministerpräsident Graf Bethlen erklärte einem Journalisten über die Lage in Sowjetrußland u. a., daß die Gerichte über die Hungersnot in jeder Hinsicht übertrieben seien, um damit auf die Hilfsbereitschaft der anderen Völker zu spekulieren und die Lebensmittel als Unter-

stützung zu erhalten, die Russland nicht durch Kauf erwerben könne. Die bolschewistische Propaganda bilde die größte Gefahr für den europäischen Frieden. Die Moskauer Propagandazentrale verfüge über ganze Armeen von Agenten, die reichlich mit Geldmitteln versehen seien und die unter dem Dach einer Handelskommission mitunter verdeckte bolschewistische Propaganda trieben.

Sagesfragen.

Die Ernennung des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Rosel zum Amtshauptmann in Leipzig, die Frage der Belebung der leitenden Polizeistelle in Sachsen und der halbjährige Urlaub des Ministerialdirektors Dr. Schmitt haben in Sachsen in letzter Zeit viel Staub aufgewirbelt und vor allem die im Bunde stehenden Staatsbeamten organisierte Staatsbeamtenkraft zu einer Stellungnahme gegen den Minister des Innern veranlaßt. Darüber hinaus ist auch die Besoldung durch die Vorgänge beeinträchtigt worden, und das scheint neuerdings so weit zu gehen, daß selbst in mehrheitssozialistischen Kreisen Kritik über das Verfahren bei der Belebung der Beamtenstellen laut geworden ist. Den Anlaß hierzu gab die unabhängige Dresden Volkszeitung, die geschildert hatte:

„Es wäre nur zu wünschen, daß diejenigen reaktionären Beamten, die sich den neuen Verhältnissen nicht anpassen können, sich möglichst alle und recht schnell auf die Flucht begeben. Dem sozialen Volk braucht um diese Sorte nicht bangen zu sein und sieht sie lieber heute als morgen geben. Nur ist diesen Herren die Überzeugungstreue und Charakterfestigkeit nicht zuvertrauen, und der Fall Dr. Rauffmann beweist ja zur Genüge, daß andere Gründe finanzieller Natur, sie zum Qualitäten des Staatsbeamten veranlassen. Dem kleinen Kläger reaktionärer Staatsbeamten, der sich dem Willen der Bevölkerung nicht anpassen kann, wird niemand, der auf dem Boden der Republik steht aus, nur eine Träne nachweinen. Die Sorte kann ruhig gehen.“

Diese unabhängige Aussicht wurde die Urkunde dazu, daß sich die mehrheitssozialistische Dresden Volkszeitung, zwar mit einer gewissen Zurückhaltung gegenüber der Mitregierungspartei aber immerhin deutlich genug folgendermaßen zu der Sache äußerte:

„Eine starke Bestimmung ist mindestens in der höheren Beamtenkraft vorhanden. Diese sind in Sachsen gewohnt, von Ausnahmen abgesehen, keine Sozialisten und auch nur vereinzelt Demokraten; es sind vielmehr vorwiegend Herren, die als tätige Glieder des alten Obrigkeitsstaates aufgewachsen sind und zum großen Teile noch in hohe überlebten Anteilen leben, sich aber doch von wenigen bereits erledigten Ausnahmen abgrenzen, auf den Boden des neuen Staates geklärt, das durch den Eid auf die Verfassung bestimmt und seither auch an der Überwältigung der Schwierigkeiten unter der Zeit mitgearbeitet haben, teilweise mit mehr als dem normalen Einsatz ihrer Arbeitsträte.“

Das Wohlenswerthe erscheint uns eine Verstärkung, wenigstens mit jenem Teil der höheren Beamtenkraft, der für die Notwendigkeit der Demokratisierung des Staatslebens Verständnis hat. Besonders Anlaß zum Streit bot diesmal der Fall Rosel gegeben. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte, daß eine Demokratie unauf der Verwaltung besonders durch Belebung der Amtshauptmannschaften mit politisch zuverlässigen Männern durchgeführt werden muß; als solche sind in erster Linie Sozialdemokraten zu bezeichnen. Unser dem früheren Minister des Innern ist das Augeklänkt gemacht worden, im Verwaltungsviertel erlittene Verletzungen an den Stellen zu sehen. Darüber wird man doch höchstlich auch jetzt zu einer Verstärkung gelangen können. Die Hauptkraft ist doch, doch verhältnisweise zuverlässige Männer an den leitenden Stellen in den Amtshauptmannschaften kommen. Ein Rückgangsmoment der Ernennung des Leipziger Amtshauptmanns halten wir dabei allerdings für ausreichend. Die Verstärkung müsse für das Verhältnis im zukünftigen Falle gelten.“

Auf die Zeitung des Beamtenbundes nimmt in den betreffenden Arägen noch mal Stellung, nach dem der Schriftsteller Ramossia darin seinen Aufruf gegen die höchste Beamtenkraft erhoben hat. Die Beamtenkraft rügt jetzt von Ramossia ab und erklärt ganz im Gegenteil, daß sie sich mit der höchsten Beamtenkraft eines Sinnes will, indem sie sagt:

„Wir bedauern diese Ernennung (Ramossia) um so mehr als wir die grundähnliche von der früheren Maßnahmen der Koalitionsgouvernement gebilligte Aufstellung des Bundes der Südlichen Staatsbeamten in der Frage der Belebung von Beamtenstellen mit Nichtbeamten teilen.“

Die ganze Anregung läßt noch weitere Wellen. So äußert sich die Truthahn Zeitung zu dieser Auseinandersetzung mit dem Titel: Belebung Beamtenkraft aus Sachsen. In diesem Aufruf heißt es unter anderem:

„Die ganze Anregung wäre weniger bedeutungsvoll, wenn Lipinski nicht der tatsächliche Ministerpräsident von Sachsen wäre, dem sich der nominelle Präsident Bud ohne weiteres zu führen hat. Deshalb ist der Schaden, den der Lipinskische Abolitionismus in Sachsen anrichtet, unübersehbar. Welche Folgen ein solches Vorgehen für die moralischen Qualitäten des Beamtenkunstes haben muß, soll unbedingt bleiben. Hier interessiert zunächst nur die Lipinskische Beamten, die es bisher für ihre Gemüthsvermögen hielten, im Interesse des Staatswohles auf ihrem Posten auszuharren, bis mit Recht unter den heutigen Umständen von dieser Blüte entbunden halten. Infolgedessen beginnt allmählich eine Beamtenflucht aus Sachsen. In diesem Aufruf heißt es gerade da bei den Beamten abwandern.“

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Hallenberg, 17. August 1921.
— Steiermark. Das Finanzamt fordert ns: Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die hier für die Arbeitgeber daraus ergeben, daß sie die Steuerfeste zwangs eingehen der Steuermarken am Zahlungsschluß an die Arbeitnehmer auszuhändigen müssen und die Steuerarten verpaßt zu überholen, will der Reichsminister des Finanzamtes seine Erinnerung dagegen erheben, daß den Arbeitgebern auf ihrem Antrag vom dem Finanzamt geöffnet wird, daß sie die Blätter aus den Steuerarten ihrer Arbeitnehmer herauslösen und den Arbeitnehmern die einzelnen Blätter zwangs Beleidigung ihrer Schuld ausbadigen.“

— Ortsflächenentteilung. Die Ortsflächenentteilung für Sachsen sollte bekanntlich in neuen Behandlungen, die Mitte August beginnen sollten, zwischen der Reichsregierung und der höchsten Regierung endgültig geregelt werden. Wie der Telunit-Gedächtnis Dienst an zuständigen Stellen hört, sind diese Verhandlungen aber wiederum verschoben worden. Sie werden am 6. September beginnen.

— Rottweil. Wie wir erfahren, soll zur Leipziger Messe im Guttenbergsaal des Bürgerschaftshauses eine große Notgeld-Ausstellung stattfinden, die wohl alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen wird, besonders da hier für Sammler eine Taufgelegenheit geboten werden soll. Leiderlich schon allein kann den Beauftragten der Ausstellung lohnend machen.

— Kreistag der Kriegsopfer. Im Park Rosenhaus zu Hobenstein-Er. fand am Sonntag eine Kreistagung des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte, Hinterbliebene und Kriegsteilnehmer statt. Der Kreis umfaßt die Orte der Amtshauptmannschaft Chemnitz. Dem Vertragsberatung ging am Sonnabend eine Bezirksteilerkonferenz voraus. Am Sonntag früh 8 Uhr wurde die Tagung mit einer Begrüßungsansprache des Kreisvorstandes Groß-Ruttkowski eröffnet. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des geheimen Regierungsrates Dr. Cetzel

aus Chemnitz über die Tuberkulose und ihre Bekämpfung. Ein zweiter Vortrag hieß Dresden, er sprach über das Militärversorgungsgerichtsamt. Zum Schluss forderte er Loslösung der Militärversorgungsgerichte von den Verbindungsämtern. Die Ausführungen ergänzte Rudolph Chemnitz als Beiblatter beim Militär-Versorgungsgericht. Am Nachmittag fand zunächst eine Aussprache über den Vortrag statt, worauf der Kreisvorstand einen Vortrag über die innere Organisation hielt. Dann wurde ein Antrag angenommen, die Kreisleitung zu beauftragen, bei der Bundesleitung dabeygehend vorstellig zu werden, daß in der Einigungstrage der beteiligten Organisationen alles aufgeboten wird, um baldmöglichst eine Einigung zu bringen. — Als nächster Tagungsort wurde Stollberg gewählt.

— Gewährung von Sterbegeld an Angehörige verstorbenen Kriegsbeschädigter. Das Reichsversorgungsgebet steht in § 34 die Gewährung eines Sterbegeldes beim Tode eines Rentenempfängers vor. Sterbegeld wird gewährt, wenn ein Beschädigter stirbt, der zuvor seines Todes Antritt auf eine Rente nach dem Reichsversorgungsgebet hat, und zwar auch dann, wenn die Versorgungsabnöte nach dem Vorfahren des Gesetzes ruhen müssten. Der Tod braucht nicht die Folge einer Dienstbedienung zu sein. Von dem Sterbegeld sollen zunächst die Kosten der Beisetzung bestritten und an dementsprechend bezahlt werden, der sie befragt hat. Bleibt nach Beisetzung der Beisetzungskosten ein Überstand, so wird er nacheinander an folgende Hinterbliebene — unter der Voraussetzung, daß sie mit dem Verstorbenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben — geahnt: die Ehefrau, die Kinder, Vater, Mutter, Großvater, Großmutter, Geschwister und Geschwisterkinder, d. h. die Kinder erhalten das Sterbegeld nur, wenn eine Ehefrau nicht vorhanden oder nicht begründet ist usw. — Für die Gewährung des Sterbegeldes ist Bedürftigkeit nicht Voraussetzung. Zu prüfen ist nur, ob die Kosten der Beisetzung aus öffentlichen Mitteln, z. B. aus Heeresmitteln oder aus Armenmitteln bestritten worden sind; in diesem Falle darf Sterbegeld nicht bezahlt werden. Die Höhe des Sterbegeldes richtet sich nach der Ortsklasse, zu der der Wohnort des Verstorbenen gehört. Es beträgt in Ortsklassen I 400 Mark, II 250 Mark, III 200 Mark, IV 100 Mark, V 50 Mark. Zu dem Sterbegeld tritt die Leistungspauschale nach § 87 R. V. G. in Höhe von 35 v. H. der vorgenannten Beträge. Da gerade durch den Tod des Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen oft in eine besondere Notlage geraten, ist durch einen Erlass des Reichsarbeitsministeriums bestimmt, daß Sterbegeld beim Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen an die Angehörigen vorläufig gezahlt werden soll, auch wenn die Rente des Verstorbenen nach dem R. V. G. noch nicht festgestellt war. Die vorläufige Zahlung soll an denjenigen erfolgen, der die Beisetzung bezahlt hat; sie befreit sich innerhalb der vorgeschriebenen Sache auf die tatsächlich aufgewendeten Beisetzungskosten. Ist schon nach der Reichsversorgungsordnung ein Sterbegeld gewährt worden, so wird von einer vorläufigen Gewährung des Sterbegeldes noch dem R. V. G. abgesehen. Bedürftigkeit ist auch für die vorläufige Zahlung nicht nachzuweisen. Anträge auf vorläufige Zahlung des Sterbegeldes sind von den Hinterbliebenen bei dem zuständigen Versorgungsamt oder der Fürsorge des Wohnortes einzurichten.

— Bad Elster. (In der Dunkelheit abgekürzt.) Der 48 Jahre alte Gajiwirt Otto Kreßel, der bekannte Wirt des „Deutschen Hauses“ war mit Angestellten im benachbarten Grün zu Bier. Auf dem Rückweg ist er in der Dunkelheit während eines Gewitters vom Wege abgesunken und eine Böschung hinabgestürzt. Hierbei zog er sich einen Schalbruch zu und kam mit dem Gesicht auf den Boden zu liegen. Als am anderen Tage nach ihm geforscht wurde, fand man ihn ledig auf. Der Arzt konnte nur noch den Tod durch Ersticken feststellen. Kreßel hinterläßt zwei Kinder.

— Bautzen. Ein Autoauto in den Schweinepreisen infolge der schlechten Aussichten auf die Kartoffelernte ist in verschiedenen Gegenden der Lausitz zu beobachten. So erhält man auf dem letzten Wochenmarkt in Hoyerswerda Kartoffel für 100 Mark, die noch vor 14 Tagen das Dreifache kosteten.

— Dresden. (Zum Konzernausklang.) Das Befjamm des Polizeipräsidiums teilt mit: Zu dem von der Bielefeld gemeldeten Zusammenbruch des Welt-Sport-Konzerns Rhein-Elsie ist auf Erkenntnis der höchsten Kriminalpolizei der Hauptunternehmer des Konzerns, Generalagent Bäder, im Spreewald, wo er zur Erholung war, festgenommen worden. Von dem hier eingezahlten Geldern ist der Hauptteil fidig abgelaufen.

— Namens. (Familienidylle.) Im nahen Edertal erhöht die steilen Aussichten auf die Kartoffelernte ist in verschiedenen Gegenden der Lausitz zu beobachten. So erhält man auf dem letzten Wochenmarkt in Hoyerswerda Kartoffel für 100 Mark, die noch vor 14 Tagen das Dreifache kosteten.

— Dresden. (Die Explosion im Elektrofaktor Thieden.) Am 15. August 1921 explodierte im Elektrofaktor Thieden eine gewaltige Sprengladung, die einen Teil des Fabrikgebäudes vernichtete.

— Ludwigstadt. Ein gewaltiges Schadensereignis vernichtete einen großen Teil von dem zu Ludwigstadt (Thüringen) gehörenden Ortsteil Thünenhof. Um Mittwochnacht entstand in einem Gebäude, jenseits durch rücklose Verbrecherhand veranlaßt, ein Brandherd, der sich mit Blitzeinschlägen über das ganze Haus ausbreitete. In ganz kurzer Zeit lagen zwei Wohnhäuser mit Nebengebäuden und fünf gefüllte Scheunen in Flammen. Beide sind bei dem Unglück die ganze Front vernichtet worden, auch viele landwirtschaftliche Maschinen sind verbrannt.

— Gera. (Überhandnahme der Liebhäuser.) Hier haben die Diebe in den letzten Wochen erheblich zugewonnen. Die Kriminalpolizei ist überlastet mit Arbeit. Einem Gastrichter wurde aus einem Schrank 16.000 Mark gestohlen. Vielleicht sind die Diebe ältere Dienstleute vielfach vor den Augen des Publikums ihre Räume und verwahrten die Beträcke leichtfertig in Schränken und Beikästen, die ohne Schwierigkeiten bereut werden können. Ermittelt hat die Polizei jetzt einen Fabrikanten, der nach und nach aus der Fabrik, in der er arbeitet, für rund 50.000 Mark Stoffe befreit hat, um sie zu ververtetzen. Der größte Teil der Waren kommt wieder herbeieilhaft werden.

— Görlitz. (Die Explosion im Elektrofaktor Thieden.) Zu dem Explosionsglück im Elektrofaktor Thieden wird noch berichtet: Weitere Arbeitnehmer in dem strohigen Reichenhaus der Hohenlandzentrale in Thieden (Kreis Breslau), in dem sich sieben Arbeitnehmer befinden, beklagten 1 waren, entband plötzlich in Reihe 5 eine heiße Rauchentzündung, der alsbald eine unverhoffte Explosion folgte. Ein Arbeiter verlor seine Freiheit zu fliehen. Gleis darauf stürzten die Peiner des Industriekunst zu gründen und schwatzen ihren Inhalt (ungefähr 3000 Tonnen) in das Reichenhaus, alles unter Feuer gebrannt. Die Wände wurden vollständig eingeschmolzen. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt und ist inzwischen keinen Verlegungen erlagen. Zwei weitere wurden unter den ammonektischen Reichen verletzt. Durch die Wucht der Explosion wurde auch das Dach des angrenzenden Waldhauses zum Einsturz gebracht. Die Ursache der Katastrophen ist noch nicht festgestellt. — Von anderer Seite wird noch gemeldet: Das Elektrofaktorwerk „Stelen“ in Thieden ist durch die schwere Explosionskatastrophe zum Stillstand gebracht worden. Die Ursache der Katastrophen ist noch nicht festgestellt. Man vermutet eine Rauchentzündung, durch die der Reichen 5 zur Explosion gebracht wurde. Der Schaden kann auf ungefähr 20 bis 25 Millionen Mark geschätzt werden.

Gerichtszaal.

Leipzig. (Das hintergangene Schneiderlein.) Der Sitz zu dem meiste B. in Leipzig ist verheiratet, allem Ansehen aber nicht gerade glücklich. Jedemfalls steht fest, daß er nicht genügen wird.

In seinem Geschäft ein junges Mädchen beschäftigte, das sein ganzes Vertrauen genoss, sich seine Wirtshafterin nannte und auch sonst mit dem Brotherrn auf recht vertraulichem Fuße stand. Beagles junges Mädchen, ein Fräulein Anna Hoffmann, hatte sein Quartier in dem Geschäftsräum des Schneidermeisters B. aufgeschlagen, war im Besitz der Schlüssel zum Geschäft, und beide lebten wie die Turteltaubchen. Nun nahm eines Tages B. einen Gesellen, Max Richter mit Namen, in Arbeit. Richter war ein junger Mann von angenehmem Auftreten, und Fräulein Anna fand Wohlgefallen an ihm. Max und Anna handelten zusammen an und gingen hinter dem Rücken B.'s zusammen aus. Da sich Richter öfter in Geldverlegenheiten befand — er hat irgendwo noch ein Verhältnis liegen, das ihm wegen der Folgen ganz erhebliche Kosten verursacht —, zahlte die Hoffmann, wenn Max nicht gut bei Rasse war, stillschweigend die Zehne, wenn sie zusammen ausgingen. Eines Tages brauchte nun Richter einen neuen Anzug, und sagte zu Anna, sie solle ihm aus dem Lagerbestand B.'s den Stoff dazu besorgen; selbstverständlich ohne Bezahlung. Anna getraute sich aber nicht so recht, und so entstand ein schwarzer Plan in den Herzen des Pärchens. Am Himmelfahrtstag sollte die Hoffmann mit dem Schneidermeister B. einen Ausflug machen, Richter die Schlüssel zum Geschäft dlassen, und dieser wollte sich dann in Abwesenheit des Geschäftsinhabers in aller Ruhe einen schönen Anzugsstoff heraussuchen. Aber auch Richter hatte nicht den rechten Schneid, die Sache allein auszuführen, deshalb suchte er sich einen Genossen, und fand ihn auch in der Person des Arbeiters Marggraf. Die beiden sind Regelbrüder. Während nun die Hoffmann mit ihrem Schneidermeister den geplanten Himmelfahrtsausflug unternahm, gingen Richter und Marggraf nach dem Lokal des B., öffneten dort das Geschäft und räumten es aus. Da sie nun einmal an der Quelle saßen, griffen sie gleich ordentlich zu, und entfernten sich unter Mitnahme von Stoffen im Gesamtwert von etwa 18.000 Mark. Auch die Räume, in den sieher nur 200 Mark waren, fand in Marggraf einen Liebhaber. Um den Verdacht von sich und ganz besonders von der Hoffmann abzulenken, nahmen die Eintrümpelung auch einige der Hoffmann gehörige Sachen, die Anna vorher zurückgelegt hatte, mit, selbstredend unter der Bedingung, daß sie ihr Eigentum ungekürzt wieder befände. Die Sache verlief ganz programmatisch. Als B. nach Hause kam, erhielt er Anzeige von dem Wirkungsort, das ihn betroffen, und auch Anna lief weinend auf die Polizei und zeigte ihren Verlust an. Nun haben aber Lügen bekanntlich kurze Beine, und die schändliche Tat kam heraus. Die drei Verschworenen hatten sich jetzt vor dem Landgericht Leipzig zu verantworten. Die Hoffmann hat sich zwar bereiterklärt, den verursachten Schaden zu erlösen, und sie hat auch schon eine Abschlagszahlung geleistet. Richter will ebenfalls die Sache bezahlen. Aber wen das Gericht einmal fest hat, den läuft es nicht so ohne weiteres laufen. Das Dreie-

gespart wurde verurteilt, und zwar Marggraf zu 1 Jahr 4 Monaten, Richter zu 1 Jahr und die Hoffmann zu 8 Monaten Gefängnis.

Richtliche Vereinsnachrichten.

(St. Lauterbachische.)

Ob. B. J. R.: Heute Mittwoch abend 19 Uhr Versammlung: wichtige Besprechung der Teilnehmer am Sport- und Bundesfest.

Blaues Kreuz: Morgen Donnerstag abend 19 Uhr Besuch der Waldbande auf dem Platz; danach Versammlung im Kommandantenhaus.

Baptistengemeinde (Friedenskapelle).

Heute Mittwoch abends 8 Uhr Versammlung (Herr Pred. Braun-Nordhausen).

Surje, Bauer & Heinz, Abteilung Lichtenstein-Collberg.

	15.8	16.8
Deutsche 5% Kriegsanleihe,	77,50	77,50
" 4 1/2% Schatzanleihe	96,50	96,50
" 3% Reichsanleihe	77,10	77,10
" 2 1/2% "	67,50	67,50
" 2% "	78,50	78,50
Östl. 3% Renten	55	55,75
Chemnitzer 4% Städteanleihe	71	70
Dresdner 4%	71,75	71,75
Leipziger 4%	80,50	79,50
Deutsche Hypoth.-Bank 4% Pfandbr. Landwirtschaft 3 1/2% Pfandbr.	87	90,50
" " "	89	84
" " "	100	93,50
Östl. Bod.-Cred.-Anst. 4% Pfandbr.	95,50	—
Hartmann Match-Fabrik Akt. egen. Begr.	545	580
Koch-Fab. Kappel	594,75	1000
Hermann Voigt Akt.	337,50	340
Großherren Akt.	408	415
Schubert & Sohn Akt.	729	749
Wanderer Werke Akt.	850	855
Himmermann Werkzeugmasch. Akt.	379	340
Deutsche Bank	308,50	316,50
Dresdener Bank	225	229
Wöhrl Akt.	1088	1100
Homburger Pakett. Akt.	178	180
Allgem. Elekt.-Gesellsc.	360	373,50
Deutscher Kuge	860	900

Deutschen Ruhse

	Geb.	Wrist.
Paris	103,85	104,14
Holland	2882,10	2887,90
London	348,15	348,85
Städte	268,60	284,40
Schweiz	1498,50	1501,50
New York	90,90	91,10
Berlin	695,30	686,70
Christiansia	1203,75	1211,35
Stockholm	1998	2002
Brüssel	691,30	692,70
U.S.A. Noten	108,40	103,90
groß	102,85	103,35
klein	10,58	10,82
Helsingfors	133,85	134,15

Durch einen kürzlich im Versorgungsgebiet eines sächsischen Überlandwerkes entstandenen Bruch einer Leitungsverbindung hat sich durch das unachthaltige Berühren des heruntergefallenen unter Spannung stehenden Drahtes, welcher zwischen den Straßenbäumen in etwa 1 1/2 Meter Höhe über dem Erdboden hing, gebüllt war, ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignet. — Ein 19jähriger Steinschleifer hat den herunterhängenden Draht gesehen, ohne Beachtung der an den Leitungsmasten befindlichen Warnungsschilder angegriffen und ist dadurch tödlich verletzt worden.

Dieser erneute Unglücksfall gibt uns Veranlassung folgende

Regeln

zur Verhütung von Unfällen durch elektrische Starkstromleitungen und zur Verminderung von Betriebsstörungen zur allgemeinen Beachtung zu empfehlen.

Meide die Nähe von Starkstromleitungen bei heftigem Sturm und bei Gewitter.

Berührre niemals herabhängende Drähte von Starkstromleitungen und warne die Kinder, weil lebensgefährlich.

Auch in der Nähe von Starkstromleitungen herabhängende Telefondrähte soll man nicht anfassen, weil unter Umständen ebenfalls lebensgefährlich.

Sei vorsichtig beim Besteigen von Leitern und Dächern in der Nähe von Starkstromleitungen und komme diesen nicht zu nahe.

Melde sofort jeden Drahtbruch der Gemeindebehörde, eines Schutzmann oder durch die nächst erreichbare Fernsprechstelle.

Die Zwickauer Elektrizitätswerk- und Straßenbahn A. - G. (Elektrizitätswerk Oelsnitz i. E.) vergütet die Fernsprechgebühren und gewährt außerdem

für die sofortige Meldung der Ursache einer Betriebsstörung eine Belohnung von 5 Mark,

für die sofortige Meldung des Drahtbruches einer Starkstromleitung eine Belohnung von 10 Mark,

für die Namhaftmachung von Personen, welche in mutwilliger Weise Starkstromleitungen, insbesondere Hochspannungsisolatoren, beschädigen, eine Belohnung von 50 Mark.

Meldungen nehmen entgegen die

Zwickauer Elektrizitätswerk- und Straßenbahn A. - G.

Betriebsdirektion Oelsnitz i. E. | Betriebsdirektion Zwickau l. Sa.

Fernsprecher Amt Oelsnitz Nr. 35 oder 58 | Fernsprecher Amt Zwickau Nr. 372 od. 373

und weiter die Fernsprechstellen:

Amt Lichtenstein Nr. 265 od. 371 od. 376	Amt Aue	Nr. 680 oder 631	
• Stollberg	60	Kirchberg	178
• Lugau	55	Wildenfels	6
• Meinersdorf	66	Eibenstock	278
• Zwönitz	142	Schneeberg	293
• Gersdorf	16	Rothenkirchen	260

Turnen, Sport und Spiel.

Hochzeitssatz. (Der hiesige Turnverein) feierte am Sonntag im Goetho zur Krone sein 40-jähriges Jubiläum, dem ein Schen- und Wettkampf auf dem Turnplatz voranging, wobei nachfolgende Mitglieder und Jugendturner im Zwölft-Rampf Preise erhielten: Mitglieder: Guido Schulz 196 P., Willi Engelmann 189 P., Woldemar Graf 182 P., Vogt Rudolph 179 P., Stella Redlich 178 P., Walter Redlich 177 P., Richard Spindler 172 P., Ehrhard Kunzmann 170 P., Willi Kunze 165 P., Richard Barth 161 Punkte; Jugendturner: Walter Barth 221 P., Karl Graf 210 P., Richard Mönnich 192 P., Kurt Friedrich 191 P., Otto Franke 190 P., Willi Tröblich 187 P., Rudolf Schenkel 166 1/2 Punkte. Die Bekündigung der Sieger und die Ehrengabe der Mitglieder, die 25 Jahre dem Verein angehören, erfolgte nach einer Ansprache des Ortsgeistlichen, Herrn Pfarrer Werner, abends im Saale obenerwähnten Goetho, wo ein Ball die Feier beschloß.

Wettkampf St. Jacobs. (Das Schauturnen des Turnvereins), der über 180 Mitglieder zählt, nahm am 14. August einen trefflichen Verlauf. Dem Festzuge folgten Aufmarsche, Freilübungen, Geräteturnen und Turnspiele. Einem Glanzpunkt bildete ein geselliger Ballturnier der Turnerinnen unter Leitung des Turnwartes Villa. Die Schuljugend zeigte in Gesamtübungen ihre Kunst, wobei die Knaben Stäbe und die Mädchen Fähnchen führen sollten. Die Freilübungen leitete Turnwart Böhm. Letztere Turner ließen vorsätzlich am Neck und im Hochsprung Rücksichtsloses. Beim Geräteturnen waren Turnerinnen besonders am Barren mit Erfolg tätig. Ehrendiplome überreichte der Vorsitzende M. Günther bei Fortsetzung der Festlichkeit in der Grafsenburg den Jubilarinnen Herren Schausch, Müller, Markert und Schmidt, für 25 Jahre treue Mitgliedschaft. Hierbei wurden Herr Müller zum Ehrenturnwart und Herr Markert zum Oberdirigenten ernannt.

Bon verschiedenen Seiten ist mir zu Ohren gebracht, es gebe ein Stabgespräch um bezüglich des Wechsels der Kirchengemeindeblatt-Druckerei. Es handelt sich um eine Verleumdung, deren Urheber mir unbekannt ist. Ich warne vor Weiterverbreitung. Der Vorsteher des engl. Männer- und Frauenvereins hat von mir aus die Sache in objektivster Weise untersucht. Das Ergebnis war das glatte Gegenteil des kursierenden Gerüsts. Wer will, kann sich bei dem Druckerlehrling Paul Berger, Grünestraße, überzeugen, daß nichts dem gleichen Gehem oder zu Unrecht geschrieben ist oder geschehen sollte, sondern im Gegenteil mit Wissen und Einverständnis des neuen Geschäftsinhabers. **Werner Hebart.**

Dieses Blatt

und Verlag v.

Mr 193

Stadtgeldber

Am 15. d. M. Juli, August u. September bis 1918 zu erfolgen. W und Lehrmeister Zahlungstitel sch

I. Auflöser

Der Besitz mit der Abgabe beginnen, damit eintrifft, unter

Der Besitz Umlagegetreide hierüber ausschließlich einer solchen Betriebes — solange

Hierbei wird bei Nichtfrüchten Entgeltsumme den Weizen und abgänglich eines Teils zu zahlen. Ablieferung des Feste der Landwirte

II. Wahrnehm

Es wird auch im hiesigen Landwirten hingegen geschieht, dieses Getreide zu unerhöhten Preisen zu verkaufen an solche der Landwirte

Bezirkssatz

* Ein Teil aus Rom Verstärkung na

* Der Auszug zusammengebracht sich einer P

* Der nächste findet am 1. Uhr in Görlitz

* Ein für in Bau gegebenen gelassen. Der

* Daily Ferdinand von land befindet, bei. Er behauptet und der Herr er großen Empfehlungen jungen liegt nicht vor.

* Wie die menschen überfüllt jungen. Es ist die Grenze zu



Schädelisch
bei Hans Friedel,
Hartensteiner Straße.

Sängerinnen
Mädchen
zur Aufwartung sofort
gefunden.
Wilhelm Eberl-Str. 50 II

Guterhalter
runder Tisch
zu verkaufen. Wo, zu erf.
d. d. Geschäftsst. bis. Bi.

Donnerstag zum Wochenmarkt
verkaufe hochsteine weiße mehrreiche

Speise-Kartoffeln

■ 10 Pfund 8.— Mh. ■

Otto Junk aus Zwickau.

Wiegetunde mit ärztlicher Beratung für A-H
Donnerstag, den 18. August, von
1/2-8-1/4 im Cöllnberger Rathaus.

Gas Wohlfahrtamt.

Willy Scharf
Frieda Scharf geb. Wach
Vermählte

danken, zugleich im Namen ihrer Eltern, herzlichst
für die überaus zahlreichen Glückwünsche und
Geschenke an ihrem Hochzeitstage.

Lichtenstein-C., den 13. August 1921.